

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 12. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Verlagsanstalt Auer für Anzeigen und für Anzeigen die Postanfragen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 12. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Adresse Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 143

Mittwoch, den 23. Juni 1926

21. Jahrgang

Die Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern.

Die wichtigste politische Frage. — Parteilbesprechungen. — Jetzt handelt die Reichsregierung.

Berlin, 21. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Montagabend eine Fraktionsitzung ab, in der Abg. Graf Westarp über seine Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Innenminister Dr. Brüning in der Fürstenabfindungsfrage berichtete. Die Fraktion beschloß zunächst die Entwicklung der Dinge im Rechtsausschuß des Reichstages abzuwarten.

Berlin, 21. Juni. Die Reichstagsfraktion des Zentrums erließ nach ihrer Fraktionsitzung am Montag einmütig eine Kundgebung, in der auch nach der Ablehnung des Volksentscheidens die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Fürstentum und Land als die derzeit wichtigste politische Frage bezeichnet wird, die keinen Aufschub mehr dulde. Die Fraktion habe schon früher ihren Vorstand beauftragt, mit allen parlamentarischen Mitteln auf die schleunigste Verabschiedung des Regierungsentwurfes hinzuwirken. Dabei dürfe die Erklärung nicht abgeschwächt werden, die der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion im Auftrage der Regierungsparteien am 10. Juni in der Reichstagsitzung dahin abgegeben hatte, daß das Gesetz den Fürsten nur das Vermögen belassen werde, das sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben haben, daß dabei den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten Rechnung getragen werde und ferner den Ländern zugute kommen solle, worauf sie aus Gründen der Kultur oder der Volksgesundheit Anspruch haben. Den Fürsten werde keine bessere Aufwertung zuteil, als andern Staatsbürgern. Das Zentrum stehe auf diesem gegebenen Wort und bevollmächtige seinen Vorstand, zur Erreichung dieses Zweckes erforderlichenfalls alle politischen Folgerungen zu ziehen.

Auch die Volkspartei unterstützt die Regierungsvorlage.

Bei der Deutschen Volkspartei sind die Zahlen des Volksentscheides nicht ohne Eindruck geblieben. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete, der zusammen mit Dr. Kahl bei den Ausschußberatungen über das Fürstentumspromiß des Reichstages seine Partei hauptsächlich vertreten hat, der sächsische Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich, erklärte heute ausdrücklich, daß seine Partei zu ihrem Worte stehe und die Regierungsvorlage nachdrücklich unterstützen werde.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz erklärte einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ über die Lage nach dem gestrigen Volksent-

Falsche Gerüchte über den Rücktritt des Staatssekretärs Meißner.

Berlin, 21. Juni. Wie den Blättern mitgeteilt wird, entbehren die Gerüchte von einer Entsendung des Staatssekretärs Dr. Meißner durch eine bekannte politische Persönlichkeit jeder Begründung.

Die Frage der Verminderung des französischen Besatzungsheeres.

London, 21. Juni. Ein französischer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß das französische Besatzungsheer im Rheinland in kurzer Zeit wesentlich vermindert werden würde. In Uebereinstimmung mit den neueren Vereinbarungen würde General Guillaumet nach Kaiserlautern überföhren und das Hauptquartier des Korps in Trier werde aufgehoben werden. Die sechs Divisionen, die weiterhin im besetzten Gebiet bleiben sollen, würden ein einziges Armeekorps bilden, dessen Hauptquartier in Kaiserlautern sein werde. Im ganzen würden zwei französische Divisionen aus dem Rheinland gezogen werden. Es scheint jedoch nicht, daß für den Moment die numerische Stärke der britischen und der belgischen Besatzungskräfte herabgesetzt werden würde.

Angestelltenabbau infolge Räumung der ersten Zone.

Berlin, 21. Juni. Einige Landtagsabgeordnete wiesen darauf hin, daß die infolge der Räumung der ersten Zone erforderliche organisierte organisierte Umgestaltung bei den Behörden zu einem Angestelltenabbau geführt habe. Das Staatsministerium wurde ersucht, sich um die anderweitige Unterbringung der durch den Abbau Betroffenen zu kümmern. Wie der „Königs-

scheide“: „Es kommt nun endlich alles darauf an, daß in der Sache der Neuordnung der Fürstentümer die Regierung endlich eine entschlossene Führung übernimmt. Der Versuch der direkten Entscheidung durch das Volk ist, wie vorausgesehen war, gescheitert. Der gefährliche Explosionsstoff bleibt aber vorhanden und wird sich weiter auswirken, wenn nicht endlich eine erträgliche und gute Regelung erfolgt.“

Behandlung im Reichstag vor den Ferien.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis sind für den Volksentscheid 14 441 590 Stimmen abgegeben worden. Dieses Ergebnis ist im Reichstag als eine erste Mahnung aufgefaßt worden, nun mit größter Beschleunigung das Gesetz über die Fürstenabfindung parlamentarisch zu erledigen. Der Reichskanzler hat nach der Plenarsitzung, die nur kurze Zeit dauerte, mit den Führern der Regierungsparteien verhandelt.

Dabei ergab sich völliges Einvernehmen darüber, daß der Reichstag nicht in die Ferien gehen dürfe, ehe der Gesetzentwurf endgültig verabschiedet sei.

Der Reichskanzler und mit ihm das Reichskabinettsmitglied aber entschlossen zu sein, unter allen Umständen innerhalb der nächsten Wochen eine klare Entscheidung über das Fürstenabfindungsgesetz herbeizuföhren. In der gestrigen Besprechung hat der Reichskanzler erneut deutlich durchblicken lassen, daß er die Konsequenzen ziehen würde, wenn die Regierungsvorlage nicht durchbringen sollte. Diese Konsequenzen können in dem Rücktritt des Kabinetts, aber auch in der Auflösung des Reichstages bestehen.

Die demokratische Fraktion hat gestern im Interesse der Beschleunigung den Beschluß gefaßt, heute bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Rechtsausschuß die en bloc-Akzeptanz der ganzen Vorlage zu beantragen, um nicht unnötig Zeit zu verlieren, da ja die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes monatelang durchgesprochen worden sind.

Die Kommunisten fordern Reichstagsauflösung.

Berlin, 21. Juni. Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit: Die kommunistische Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß das Millionenvotum für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eine klare Entscheidung der Mehrheit des werktätigen Volkes gegen Hindenburg, gegen die Regierung Marx und gegen den Reichstag ist. Die kommunistische Reichstagsfraktion fordert deshalb Auflösung des Reichstages und die Durchführung des Enteignungsgesetzes.

Preussische Pressebericht meldet, erfolgt die Entlassung der entbehrlich werdenden Angestellten nach sozialen Gesichtspunkten. Auf mögliche Berücksichtigung der Einstellungsanträge entlassener Angestellter ist hingewirkt worden. Die entlassenen Angestellten der Reichs- und Staatsverwaltung erhalten nach den Reichs- und Landesbestimmungen ein Uebergangsgeld.

Aufhebung von Böhmerverboten im besetzten Gebiet.

Woblenz, 21. Juni. Die interalliierte Rheinlandkommission hat das feinerzeit ausgesprochene Verbot von R. Ludwigs „Die Entlassung“ und der Veröffentlichung des statistischen Reichsamtes in Berlin „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkriegs“ aufgehoben.

Irland verhandelt mit Poincaré.

Paris, 21. Juni. Briand hatte heute vormittag mit Poincaré eine Unterredung, die 1 1/2 Stunden dauerte. Poincaré erklärte nach dieser Unterredung, er schlage Briand nichts ab. Briand müsse noch verhandeln. Poincaré seinerseits wünschte auch, sich mit einigen seiner politischen Freunde zu besprechen.

Briand hatte gegen 8 Uhr abends eine Unterredung mit Poincaré, die offenbar auch zu keinem Ergebnis geführt hat; denn Poincaré erklärte nach Wiederholung der Unterredung, er werde nach dem Abendessen zu Briand zurückkehren. Die Tatsache, daß Poincaré am Abend wiederum mit Briand verhandelt, ist dahin gedeutet worden, daß noch nicht feststeht, ob er in das Ministerium Briand eintreten wird. Poincaré soll übrigens erklärt haben, daß er ein anderes Portefeuille dem des Finanzministers vorziehen würde, was dadurch bestätigt zu werden scheint, daß unmittelbar nachdem er den Quai d'Orsay verlassen hatte, der ehemalige Finanzminister Doumer bei Briand erschien.

Die vorbereitende Kommission der Abrüstungskonferenz.

Von Graf von Bernstorff, M. d. R.

Die Ueberschrift dieses Artikels soll gleich hervorheben, daß in Genf nicht eine Abrüstungskonferenz stattfindet, sondern nur eine vorbereitende Kommission arbeitet, die eine Basis für die künftige Konferenz herzustellen hat. Dementsprechend sind bisher weder sachliche Beschlüsse gefaßt worden, noch ist irgend ein Erfolg der einen oder andern Seite zu konstatieren. Alle hierauf bezüglichen Pressemeldungen sind lediglich für den innerpolitischen Bedarf der betreffenden Länder bestimmt.

Die vorbereitende Kommission hat ihre Tätigkeit, die sicher ein Jahr in Anspruch nehmen wird, eben erst begonnen und die erste Etappe erreicht durch Einigung des Materials, Entscheidung über Arbeitsmethoden und Ueberweisung der nicht politischen Teile des ihr vorgelegten Fragebogens an ihre zwei Unterkommissionen.

Die beiden Unterkommissionen verdanken ihre Existenz einem amerikanischen Vorschlag. Die Vereinigten Staaten wünschten, daß die vorbereitende Kommission alle Arbeit vollkommen selbstständig leisten sollte, wobei aber Unerwartungen der Hauptkommission nicht ausgeschlossen waren, nur dürfen sie nicht die politischen Fragen besprechen, die ausdrücklich der Kommission selbst vorbehalten sind.

Wie erinnerlich, ist die vorbereitende Kommission von dem Völkerbunde eingeladen und mit einem Fragebogen versehen worden. Ihr gehören alle im Völkerbundsrat vertretenen Staaten an und außerdem die Völkerbundsstaaten: Argentinien, Chile, Polen, Bulgarien, Finnland, Niederlande, Rumänien, Jugoslawien, sowie die noch nicht dem Völkerbunde angehörenden Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland, während Rußland bekanntlich die Einladung ablehnte. Die vorbereitende Kommission besteht also aus den Vertretern von 20 Staaten. — Die deutsche Delegation hatte die, für unsere dem Völkerbunde gegenüber ungeliebte Stellung, einzig mögliche Instruktion erhalten, die Arbeit der Kommission nach Kräften zu fördern und im übrigen eine würdige Zurückhaltung zu üben. Diese Generalanweisung schloß die sofortige Stellung rabibaler Forderungen aus, die von einigen deutschen Seiten gewünscht wurden, aber den Gang der Kommissionsarbeiten nur beeinträchtigt hätten. Sofort wäre das Gespenst der deutschen Gefahr als Vorwand benutzt worden, um jede Abrüstung abzulehnen, denn wir z. B. gleich eine allgemeine Abrüstung auf das deutsche Maß und die Auf- bzw. Umrüstung Deutschlands gefordert hätten. Es konnte sich für uns nur darum handeln, der Kommission in geeigneten Momenten einen Spiegel vorzuhalten und ihr darin das Bild zu zeigen, das dem Artikel VIII der Völkerbundsatzung so wenig entspricht.

Somit mußte die deutsche Delegation unsere Stellung zur großen Politik zum Völkerbunde und zur Frage der Abrüstung gleichmäßig im Auge behalten. Wir durften die allgemeine deutsche Politik nicht durch Einnahme einer anderen Frontstellung ändern. Wir durften unseren Eintritt in den Völkerbund nicht erschweren, denn schließlich war es das erste Mal, daß wir in einer wichtigen politischen Frage mitarbeiteten. Der Völkerbund steht und fällt mit der Abrüstung. Bestimmt ihm diese nicht, so wird die öffentliche Meinung der Welt den Völkerbund über Bord werfen. Man kann aber die Priorität streiten, die den einzelnen Teilen des Völkerbunds-Dreigestirns: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung, zu gewähren ist, aber man kann keinen der drei Teile auslassen, ohne das ganze Werk zu disintegrieren. Damit ist unsere Stellung zur Abrüstung gegeben. Wir haben Sicherheit und Schiedsgericht gewährt und können jetzt auf Grund der Präambel von Teil V des Versailler Vertrages die Abrüstung der anderen verlangen, damit auch wir Sicherheit erhalten. — In der vorliegenden Frage dreht sich die englisch-französische Differenz nicht so sehr um das vielbesprochene sog. „potentiel de guerre“, wie meistens in der Presse angenommen wird. Hier ist eine formale Einigung über die Verhandlungsmethode erzielt worden. Die Formeln, die gefunden wurden, sind die beiden folgenden: 1. Die Abrüstung kann sich nur auf die sichtbare Friedensstärke beziehen. 2. Jede Regierung soll der Abrüstungskonferenz bestimmte Vorschläge unterbreiten, inwieweit sie bereit ist, abzurufen. Bei Punkt 2 wird es sich nicht vermeiden lassen, daß alle Staaten auf ihr eigenes „potentiel de guerre“ hinweisen, bzw. auf das ihrer Nachbarn. Dagegen hat auch Lord Cecil keinen Widerspruch erhoben. Die englisch-französische Differenz dreht sich vielmehr hauptsächlich darum, daß England durch Abrüstung Sicherheit schaffen will, während Frankreich immer antwortet, daß erst völlige Sicherheit herrschen muß, bevor man abrüsten könne. Diese Sicherheit sucht Frankreich in einem neuen Ausbau des Artikels 18 der Völkerbundsatzung nach Muster des Genfer Protokolls, worauf England erwidert, daß es keinesfalls weitere Verpflichtungen aus Art. 18 übernehmen wolle, wenn nicht vorher eine allgemeine Abrüstung erfolgt. — Nach dem Vorstehenden kann es keinem Zweifel unterliegen, in dieser Streitfrage mit England zu gehen. Wir dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir den Gegensatz vertiefen. Die Vereinigten Staaten nehmen den gleichen Standpunkt an, wobei sie aber, ebenso wie England, der Auffassung sind, daß man langsam vorgehen und eine gründliche Aussprache gestatten müsse. Diesem Zweck dienen die Verhandlungen der Unterkommissionen, die jeden Vorwand, einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen,